

Antrag 172/I/2025**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme. Überweisung LG im BT, Streichung Empfänger****BPT (Konsens)****Humanitäre Hilfe stärken – Humanitäre Bedarfe langfristig und verlässlich decken**

- 1 Die Abgeordneten der SPD Bundestagsfraktion sowie
2 die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregie-
3 rung mögen sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass die
4 Bundesregierung die finanziellen Beiträge Deutschlands
5 zur humanitären Hilfe nicht reduziert und sich mit inter-
6 nationalen Partnern dafür einsetzt, die durch die Verein-
7 ten Nationen ermittelten Bedarfe für humanitäre Hilfe in
8 Zukunft dauerhaft und verlässlich zu decken. Konkret for-
9 dern wir:
- 10 • eine konzertierte diplomatische Initiative, mit der
11 auch die übrigen Staaten der internationalen Ge-
12 meinschaft dafür gewonnen werden, die durch die
13 Vereinten Nationen koordinierte humanitäre Hilfe
14 schnell mit zusätzlichen finanziellen Beiträgen zu
15 stabilisieren;
 - 16 • dass die im Haushaltsentwurf der Ampelkoalition
17 für 2025 vorgesehene drastische Kürzung der Mit-
18 tel für humanitäre Hilfe zurückgenommen wird und
19 daneben auch die Bereiche der Entwicklungszusam-
20 menarbeit und Krisenprävention nachhaltig finansi-
21 ell so gut ausgestattet werden das das Ziel, mindes-
22 tens 0,7 Prozent des Bruttonationalprodukts für Ent-
23 wicklungszusammenarbeit im Bundeshaushalt (die
24 sog. Official Development Assistance (ODA)-Quote)
25 dauerhaft erfüllt wird.
 - 26 • eine diplomatische Initiative zur Einrichtung eines
27 Systems von Pflichtbeiträgen zu ergreifen, die – ähn-
28 lich wie beim Kernhaushalt der Vereinten Nationen
29 und dem Haushalt für Friedenserhaltende Einsätze
30 – eine verlässliche Finanzierung der internationa-
31 len, durch die UN koordinierten humanitären Hilfe
32 ermöglicht

Begründung

36 Im neuen Bundestag haben die rechtsstaatlichen Partei-
37 en CDU, CSU und SPD zwar eine Mehrheit zur Wahl ei-
38 nes Bundeskanzlers. Die rechtsstaatlichen Parteien CDU
39 und CSU haben zugleich aber auch mit der vermeintlich
40 rechtsstaatsfeindlichen AfD größer Mehrheit und mehr
41 Stimmen als die rechtsstaatlichen Parteien SPD, Grüne
42 und Linke zusammen.

43 Eine von CDU, CSU und SPD gebildete Regierungskoaliti-
44 on wird sich bei diesen Mehrheitsverhältnissen in einem
45 entscheidenden Punkt grundlegend von allen bisherigen
46 bundesdeutschen Regierungskoalitionen unterscheiden.

47 Angesichts der Krisen und Kriege der vergangenen Jah-
48 re sind die Bedarfe für Humanitäre Hilfe drastisch gestie-

49 gen. So haben sich die von der UN Koordinierungsstelle
50 für humanitäre Hilfe (UNOCHA) ermittelten Finanzbedar-
51 fe von gut 20 Milliarden US Dollar im Jahr 2016 auf über
52 49 Milliarden US-Dollar im Jahr 2024 mehr als verdoppelt.
53 Gleichzeitig hat der Deckungsgrad dieser Bedarfe seitdem
54 sogar abgenommen: Wurden 2016 nur 59 Prozent der be-
55 nötigten Mittel denn auch tatsächlich durch die Staaten-
56 gemeinschaft bereitgestellt, waren es 2024 mit 48 Pro-
57 zent sogar weniger als die Hälfte. In keinem Jahr seit 2016
58 wurden mehr als 2/3 der Bedarfe gedeckt. Angesichts des
59 enormen Reichtums in vielen Ländern der Welt ist dies
60 ein inakzeptables Missverhältnis. Es widerspricht der So-
61 lidarität mit den Ärmsten dieser Welt, die für eine Men-
62 schenwürdige Existenz in dramatischen Situationen auf
63 diese Unterstützung angewiesen sind. Zwar gehört die
64 Bundesrepublik seit langem schon zu den größten Ge-
65 bern für humanitäre Hilfe weltweit, doch in einem sol-
66 chen Internationalen Umfeld wäre es unverantwortlich,
67 wenn die Bundesrepublik tatsächlich, wie unter dem Spar-
68 diktat des Haushaltsentwurfs der letzten Regierung vor-
69 gesehen, deutlich weniger Mittel für humanitäre Hilfe be-
70 reitstellt als in den vergangenen Jahren. Das Gegenteil ist
71 erforderlich. Gerade weil sich Deutschland in der Vergan-
72 genheit in diesem Feld vorbildlich aufgestellt hat und sei-
73 ner Verantwortung gerecht geworden ist hat es sich hier
74 auch internationales Renommee erarbeitet. Diese vorbild-
75 liche Führungsrolle darf nicht aufgegeben, sondern soll-
76 te weitergeführt und konstruktiv genutzt werden, um die
77 humanitäre Hilfe nachhaltig zu stärken. Hierfür muss sich
78 die Sozialdemokratie mit Nachdruck einsetzen.
79 Gleichzeitig kann und soll die Bundesrepublik nicht allein
80 immer größere Anteile der humanitären Hilfe finanzieren.
81 Aus diesem Grund ist es wichtig eine diplomatische In-
82 itiative zu ergreifen, die die übrigen Staaten der Weltge-
83 meinschaft ebenso in die Pflicht nimmt, um die Finanz-
84 bedarfe für die humanitäre Hilfe verlässlich zu decken.
85 Kurzfristig sollte dies über ad hoc Erhöhungen der Beiträ-
86 ge für humanitäre Hilfe durch besonders finanzkräftige
87 Partnerstaaten erfolgen. Mittel- und langfristig braucht es
88 aber einen verlässlichen Finanzierungsmodus für die hu-
89 manitäre Hilfe. Hierbei sollte sich die Bundesregierung für
90 die Einrichtung eines Systems von Pflichtbeiträgen stark
91 machen und eine entsprechende Initiative innerhalb der
92 UN anstoßen und vorantreiben. Ein solches System von
93 Pflichtbeiträgen für humanitäre Hilfe könnte sich bspw.
94 an dem System der Finanzierung des Kernbudgets oder
95 der Friedenseinsätze der Vereinten Nationen orientieren.
96 Neben der klaren Verpflichtung für eine solche Politik,
97 die sich aus den Grundwerten der Sozialdemokratie er-
98 gibt, sprechen auch handfeste pragmatische Gründe hier-
99 für. Gerade wenn in der überhitzten Migrationsdebatte
100 in Deutschland von konservativen und reaktionären Kräf-
101 ten regelmäßig über vermeintliche „Pull-Faktoren“ fabu-

102 liert wird, die irreguläre Migrant_innen nach Deutschland
103 ziehen würden, sind es doch v.a. die „Push-Faktoren“, die
104 die Menschen aus Ihrer Heimat vertreiben, die ganz of-
105 fensichtlich entscheidend sind. Die wenigsten Menschen
106 wollen Ihrer Heimat den Rücken kehren. Selbst im Fall von
107 Krieg, Naturkatastrophen und Staatszerfall ist die Flucht
108 in stabile Regionen des eigenen Landes oder in die Nach-
109 barländer der logische Schritt für die allermeisten von ih-
110 nen, auch in der Hoffnung möglichst bald in ihre Heimat
111 zurückkehren zu können. Deswegen sollten auch diejeni-
112 gen die irreguläre Migration nach Deutschland reduzieren
113 wollen ein hohes Interesse daran haben, dass die men-
114 schenwürdige Versorgung von Geflüchteten innerhalb Ih-
115 rer Staaten und in den Nachbarstaaten gesichert wird.
116